



Sendung vom 28.07.2000

Johann Böhm
Ehemaliger Präsident des Bayerischen Landtags
im Gespräch mit Andreas Bönnte

- Bönnte:** Verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer, herzlich willkommen bei Alpha-Forum. Heute ist bei uns zu Gast Johann Böhm, der Präsident des Bayerischen Landtags und Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe. Grüß Gott, Herr Böhm.
- Böhm:** Grüß Gott.
- Bönnte:** Herr Böhm, Sie wurden am 18. Oktober 1937 in Daßnitz geboren. Nach der Vertreibung aus dem Egerland wuchsen Sie in der Nähe von Würzburg auf. Welche Erinnerungen haben Sie denn noch an das Egerland?
- Böhm:** Als Kind stellt man sich das, worin man aufwächst, natürlich immer etwas größer vor. Ich kann mich jedenfalls noch daran erinnern, dass das ein sehr bäuerlich strukturiertes Gebiet mit großartigen Bauernhöfen war. Jedes Mal, wenn ich wieder zu Besuch dorthin fahre, vermisse ich das alles, denn das ist alles nicht mehr da. Ich kann mich allerdings schon auch noch an einige Tage nach dem Kriegsende erinnern. Ich weiß noch, dass wir, als der Krieg zu Ende war, in der glücklichen Lage waren, in einem Gebiet zu sein, das den Krieg ansonsten noch nicht miterlebt hatte. Am Tag der Kapitulation erst kamen die Amerikaner zu uns. Wir haben das alles natürlich mit großen Kinderaugen verfolgt. Danach, als die Amerikaner abgezogen sind, ist es ein wenig problematischer geworden, denn danach kamen halt die Tschechen. Wir deutsche Kinder mussten da unser Spielzeug abgeben: Ich hatte ein paar Kinderski geschenkt bekommen, die musste ich ebenso abgeben wie andere z. B. ihre Schlittschuhe. Es kamen dann tschechische Beamte: Polizeibeamte, Postbeamte, Eisenbahner usw. An deren Kinder sind unsere Sachen abgegeben worden. Wir mussten dann eben zusehen, wie deren Kinder mit unseren Sachen gespielt haben. Das waren Dinge, die uns sicherlich nicht unbeeindruckt gelassen haben, aber als Kind setzt man sich doch relativ schnell über solche Dinge hinweg und erlebt viel Neues. Schön war das nicht, und ich plaudere im Allgemeinen darüber auch nicht. Das wissen nicht einmal meine eigenen Kinder.
- Bönnte:** Warum sprechen Sie nicht weiter darüber? Ist das eine Zeit, die Sie möglicherweise auch verdrängen wollen?
- Böhm:** Ich persönlich verdränge das nicht. Ich bin innerlich über all diese Dinge weit hinweg. Man muss eben vorsichtig sein, dass man durch solche Erzählungen nicht ungewollt irgendwelche Animositäten weckt.
- Bönnte:** Betrachten wir doch noch ein wenig Ihren weiteren Lebenslauf. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften traten Sie bei der Regierung von Unterfranken in den Staatsdienst ein. 1974 wurden Sie für die CSU in den Bayerischen Landtag gewählt. Dort machten Sie sich vor allem als Leiter des sozialpolitischen Ausschusses einen Namen. Nach der Landtagswahl 1990 ernannte Sie der damalige Ministerpräsident Max Streibl zum Staatssekretär und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei. Im

Juni 1993 wechselten Sie als Staatssekretär in das Bayerische Staatsministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten. Ein Jahr später, im Oktober 1994, wurden Sie mit 175 von 193 Stimmen zum Präsidenten des Bayerischen Landtags gewählt. Das ist die Position, die Sie bis heute inne haben. Im Februar 2000 wählte Sie die zwölfte Bundesversammlung der sudetendeutschen Landsmannschaft zum neuen Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe. Sie engagieren sich bereits seit Jahrzehnten in der sudetendeutschen Landsmannschaft und in der Ackermann-Gemeinde. Herr Böhm, Sie sind Präsident des Bayerischen Landtags und haben nun noch eine zusätzliche Position eingenommen, eben die des Sprechers der sudetendeutschen Landsmannschaft: Warum haben Sie diese zusätzliche Aufgabe angenommen? Was steckt dahinter?

- Böhm:** Um es ganz offen zu sagen: Das war nicht das Ziel meiner Wünsche. Ich bin ja schon früher einmal gefragt worden, ob ich das machen würde, und ich habe damals kein großes Interesse daran gezeigt. Dann gab es jedoch eine Entwicklung, die einen Wechsel notwendig machte: Franz Neubauer, der dieses Geschäft 18 Jahre lang hervorragend erledigt hat, konnte aus Gesundheitsgründen nicht mehr weitermachen. Es gab dann eben Druck aus verschiedenen Richtungen. Ich fühlte mich am Schluss ganz eingekreist. Das waren auch nicht nur Leute aus der sudetendeutschen Landsmannschaft, es waren auch Verantwortliche aus der bayerischen Politik, die zu mir gesagt haben: "Jetzt musst du einsteigen." Und so sagt man schließlich ja dazu.
- Bönte:** Wie steht es mit der Kontinuität? Wollen Sie vieles von dem fortsetzen, was Franz Neubauer vorgelegt hat, oder gibt es auch neue Punkte und Aspekte?
- Böhm:** Wenn ich Grund hätte, das zu kritisieren, was bisher geschehen ist, dann würde ich schon sagen, dass ich nun neu anfangen muss. Die Arbeit, die bisher geleistet worden ist, war jedoch gut. Ich kann auf einem soliden Fundament aufbauen und muss keine Kehrtwendungen und großen Korrekturen durchführen.
- Bönte:** Kommen wir noch einmal zurück zu Ihrem Lebenslauf. Ich versuche immer wieder, von der Gegenwart in die Vergangenheit zu springen, um eventuell so etwas wie einen "roten Faden" zu finden. Wie viele andere Sudetendeutsche auch kamen Sie nach dem Krieg nach Bayern: Dort haben Sie zusammen mit Ihrer Familie Ihre "zweite Existenz" aufgebaut. Was verbindet Sie denn heute mit dieser zweiten Heimat Franken und darüber hinausgehend mit der zweiten Heimat Bayern?
- Böhm:** Mit dieser zweiten Heimat verbindet mich sehr viel. Ich bin dort aufgewachsen, und wenn mich die Leute reden hören, dann sagen sie, dass ich ganz sicher aus Franken komme. Ich bin also auch sprachlich fränkisch geprägt. Wiewohl ich natürlich schon auch noch sehr gut Egerländisch sprechen kann. Ich fühle mich hier zu Hause: Hier bin ich groß geworden, und hier habe ich mir in der Tat eine Existenz aufgebaut. Ich bin eben nun ein bayerischer Franke mit sudetendeutscher bzw. egerländischer Herkunft.
- Bönte:** Gibt es denn auch noch kulturelle Dinge aus dem Egerland, die Sie pflegen?
- Böhm:** Man vergisst natürlich nie, wo man geboren ist: Es sind die Erinnerungen daran einfach vorhanden. Kindheitserinnerungen sind nun einmal ganz intensiv, auch wenn sie sich nur auf ganz kleine Dinge beziehen, auch wenn das meinetwegen nur der Duft eines Lindenbaumes ist. Solche Erinnerungen sind jedenfalls besonders schön. Ich fahre auch hinüber, aber fast jedes Mal, wenn ich hinüber komme, fühle ich mich doch irgendwie auch ein wenig fremd, weil sich alles im Vergleich zu früher so vollkommen verändert hat. Ich sagte ja schon, dass das eine bäuerlich strukturierte

Landschaft war mit kleinen, schmucken Dörfern. Heute ist von all dem fast nichts mehr übrig geblieben. Gleich in der Nachbarschaft meines Geburtsortes fängt in Richtung Falkenau eine Landschaft an, die fast wie eine Mondlandschaft aussieht, wie ich vom Flugzeug aus selbst sehen konnte. Dort wurde später Braunkohle abgebaut, und dort wurde wirklich alles umgekrempelt. Man ist also nicht sehr behutsam mit der Landschaft umgegangen: Sie wirkt irgendwie verletzt, und da muss man schon bewusst ja sagen, denn spontan würde man sich dort nicht mehr so sehr zu Hause fühlen.

Bönte: Man wirft den Sudetendeutschen und überhaupt den Vertriebenen von bestimmter Seite vor, sie wären die Ewiggestrigen, denen es nur darum ginge, ihren ehemaligen Besitz wiederzubekommen. Was antworten Sie auf solche Vorwürfe?

Böhm: Unlängst war eine Journalistin aus Tschechien bei mir und sagte: "Hören wir doch auf, von der Vergangenheit zu reden. Reden wir doch von der Zukunft und von der Gegenwart." Da habe ich dann ganz spontan die Gegenfrage gestellt: "Was ist eigentlich Vergangenheit und was ist Gegenwart? Wie können Sie das denn unterscheiden? Stellen Sie sich vor, Sie haben sich vor 50 Jahren ein Bein gebrochen, und der Bruch ist danach gut verheilt. Dieser Bruch ist für Sie Vergangenheit. Beim gleichen Unfall hätten Sie sich aber auch einen Wirbel brechen können, mit der Folge einer Querschnittslähmung. Sie säßen also seitdem und bis heute im Rollstuhl. Dieser Unfall wäre für Sie keine Vergangenheit. Dieser Unfall wäre für Sie ganz harte Gegenwart." Deswegen muss man eben immer unterscheiden: Nicht alles, was passiert ist, ist schon Vergangenheit, denn vieles ist noch Gegenwart. Die Politik muss immer darauf achten, wo sie fortbestehendes Unrecht wieder gutmachen kann und muss. Wir müssen uns in der Politik um die Dinge kümmern, die Unrecht sind und die aus der Vergangenheit kommend bis in die Gegenwart hinein als Unrecht fortbestehen. Da muss man ansetzen und da muss man Dinge verändern. Das kann man nicht einfach ad acta legen, denn sonst verletzt man das Gerechtigkeitsgefühl der Menschen. Ein Beispiel dafür: Vaclav Havel sagt zwar, die Benesch-Dekrete seien nicht mehr wirksam. Denn – so ist das sinngemäß zu verstehen – die Deutschen sind aufgrund der Benesch-Dekrete vertrieben worden, sie sind aufgrund der Benesch-Dekrete enteignet worden. Deshalb werden diese Deutschen natürlich nicht noch einmal enteignet. Das ist völlig richtig. Aber ein Bekannter von mir hatte Vaclav Havel einmal einen Brief geschrieben, in dem stand: "Ich verzichte gerne auf mein elterliches Haus in Asch. Ich bin bereit, das den neuen Eigentümern zu übereignen. Herr Staatspräsident, ich gebe Ihnen das zur Kenntnis, vielleicht können Sie mir das bestätigen." Herr Havel schrieb daraufhin zurück: "Was einem nicht mehr gehört, das kann man nicht verschenken, auf das kann man nicht verzichten." Was ist also die Schlussfolgerung daraus? Die Benesch-Dekrete wirken eben noch fort. Denn wenn sie nicht fortwirken würden, dann hätte dieser Bekannte von mir selbstverständlich auf sein Haus verzichten können.

Bönte: Hat denn dieses Thema der Vertreibung auch eine Rolle gespielt, als Sie Rechts- und Staatswissenschaften studiert haben? Haben Sie sich schon damals damit beschäftigt?

Böhm: Nein, nein. Eine Vertreibung ist sicherlich ein ganz einschneidendes Erlebnis: Das hat damals meine Eltern viel stärker getroffen als mich. Denn als Kind lebt man doch in anderen Dimensionen: Da denkt man noch nicht an Existenzfragen, da ist man neugierig. Ich kann also nicht sagen, dass meine Berufswahl oder ähnliche Dinge davon geprägt worden wären.

Bönte: Warum haben Sie dann dieses Fach studiert? Aus einem persönlichen Interesse heraus?

Böhm: Ich war in der Schule eigentlich in allen Fachgebieten gut und hätte daher vieles studieren können. Deswegen wusste ich auch lange Zeit nicht, was ich denn studieren sollte. Nach dem Abitur habe ich zuerst einmal meine Bundeswehrzeit absolviert, weil ich mir gedacht habe, dass ich dieses Jahr zu meiner Berufsfindung nutzen könnte. Als ich von der Bundeswehr wieder nach Hause kam, wusste ich jedoch immer noch nicht, was ich denn eigentlich machen sollte. Ich hatte ursprünglich dazu geneigt, alte Sprachen zu studieren, weil ich vom humanistischen Gymnasium kam. Aber bei der Bundeswehr war man doch enger in eine Gemeinschaft hineingezwungen worden, war man mit Leuten zusammen, die man mochte, die man sympathisch fand. Ich bin nach diesem Jahr auch ein wenig individualistischer geworden und dachte mir, dass ich als Altphilologe vielleicht so ein spröder Pauker werden könnte: Das wollte ich aber auf keinen Fall. Ich sagte mir daher: "Studiere zunächst einmal etwas, das dich dazu zwingt, dich mit den Dingen dieser Welt zu befassen. Fang mal mit Jura an, dann wirst du schon herausfinden, was du eigentlich machen willst." Nach drei, vier Semestern hat man sich dann gesagt, dass man auch das Examen machen möchte, wenn man schon so weit gekommen ist. Nach sieben Semestern haben wir dann unser Examen gemacht: Wir, das waren ein paar Kollegen und ich. Wir waren nicht allzu fleißig, aber wir waren sehr interessiert und haben daher trotz der nur sieben Semester ein passables Examen gemacht. So bin ich Jurist geworden. In der Referendarzeit hat mir das auch angefangen, Spaß zu machen, weil man dabei bereits praktisch arbeiten konnte.

Bönte: Sie haben dann jedoch eine politische Laufbahn eingeschlagen, wobei das eine das andere aufgrund der Vorbildung sicherlich nicht ausschließen muss. Warum sind Sie in die CSU gegangen und haben eine politische Karriere gemacht, die Sie bis zum Präsidenten des Bayerischen Landtages gebracht hat?

Böhm: Warum ich die politische Richtung bzw. den Weg in ein politisches Amt eingeschlagen habe, weiß ich gar nicht. Ich bin dazu eigentlich wie die Jungfrau zum Kind gekommen. Ich bin 1972 in die Partei eingetreten: aber nicht, weil ich in der Partei tätig werden wollte, sondern weil ich halt Engagement zeigen wollte. Das war damals die Zeit der großen "Euphorie" unter Willy Brandt mit seiner Öffnung nach dem Osten. Man hat gedacht, die Welt sei gerade neu entdeckt worden, und viele Menschen waren begeistert. Ich war damals schon in Bad Neustadt: Das gehörte damals zum Zonenrandgebiet. Dort haben die Leute geschwärmt, dass nun die Zonengrenze aufgehen würde. Es herrschte wirklich ein Überschwang der Gefühle. Das hat mich jedoch stutzig gemacht, das gefiel mir nicht. Weil damals eben alles so ein wenig in die andere Richtung geschwenkt ist, habe ich gesagt, dass ich der alten Linie treu bleibe und dass ich mich dazu auch bekenne. Das war der Grund, weshalb ich in die CSU eingetreten bin. Dass ich dann in den Landtag gewählt worden bin, hing zum Teil mit der Kreisreform zusammen. Damals wurden nämlich die Landkreise neu gestaltet. Bad Neustadt, das früher stimmkreismäßig mit dem Altlandkreis Bad Kissingen zusammen war, wurde mit dem Landkreis Bad Königshofen zu einem neuen Landkreis zusammengefügt. Damals wurde ein Landrat gewählt, der als Außenseiter in dieses Geschäft hineingekommen war. Ich war als Jurist am Landratsamt tätig, und dieser Landrat war eine teilweise doch recht schillernde Figur. Dieser Dr. Grünwald war ein liebenswürdiger Mensch, aber er war eben auch bekannt für bestimmte Eskapaden. Deshalb bin ich eben für viele Bürger dort zu einer Art von moralischer Instanz geworden. Als ich danach vom Landratsamt zurück an die Regierung von Unterfranken kam - nach einer gewissen Zeit wird man meistens ans "Mutterhaus" zurückversetzt -, kamen einige von dort an und sagten zu mir: "Mein Gott, du könntest doch für den Landtag kandidieren." Da war ich zunächst doch überrascht. Als jedoch die dritte Delegation bei

mir ankam, dachte ich mir: "Na ja, ein bisschen heilsame Unruhe kannst du ja stiften, indem du ganz einfach kandidierst." Ich habe kandidiert und bin auch aufgestellt worden. Ich weiß noch, ich habe dann nachts um halb eins - meine Familie wohnte schon in Würzburg – von dort oben aus angerufen und zu meiner Frau gesagt, dass ich nominiert worden sei. Sie hat daraufhin zu mir gesagt: "Na, da wirst du jetzt halt mitmachen müssen." So ist das eben gelaufen.

Bönte: Kommen wir wieder auf die sudetendeutsche Volksgruppe zu sprechen. Dieses Interview wird ja hier am Rande des 51. Sudetendeutschen Tages aufgezeichnet. Was bedeutet denn dieser Sudetendeutsche Tag, dieses Treffen einmal im Jahr für die sudetendeutsche Volksgruppe?

Böhm: Ich glaube, das bedeutet für die Betroffenen sehr viel. Sie haben eben doch eine große gemeinsame Vergangenheit. Dieses Land Böhmen war ja eine großartige Einrichtung: Da haben Tschechen, Deutsche, Slowaken und auch Ungarn zusammengelebt. Das war eigentlich ganz gut, und das hätte auch die Chance gehabt, eine Art von Schweiz zu werden. Die Sudetendeutschen haben sich ja eigentlich auch nicht als Deutsche gefühlt, denn das waren ja bekanntlich Deutsch-Österreicher. Es besteht daher noch eine große historische Gemeinschaft, obwohl die Leute stammesmäßig völlig unterschiedlich sind. Die Egerländer reden ja z. B. die gleiche Sprache wie die Oberpfälzer: Wir sind also altbayerisch geprägt. Andere Teile sind jedoch von Sachsen oder von Franken aus besiedelt worden. Insgesamt sind wir also stammesmäßig nicht sehr homogen. Trotzdem hat natürlich die Geschichte insbesondere von 1918 bis 1938 dazu geführt, dass ein gewisses Zusammenschweißen erfolgte. Die Vertreibung hat uns natürlich auch geeint: Alle haben das gleiche Schicksal erlitten. Man hat sich gegenseitig geholfen und auch motiviert. Es ist ja interessant, dass sich die deutschen Vertriebenen von anderen Vertriebenen, die im selben Ausmaß behandelt worden sind, doch sehr deutlich unterscheiden. Stalin ist davon ausgegangen, dass die Vertreibung dazu führt, dass sich in diesem zerstörten Deutschland ein sozialer Sprengsatz bildet, dass es zu Unruhen kommen würde. Aber die deutschen Vertriebenen haben nicht demonstriert, haben nicht die Hände aufgehoben, sondern haben die Ärmel hochgekrempelt und gearbeitet und ihre Pflicht erfüllt. Sie haben sich dankbar dafür gezeigt, dass sie in diesem zerbombten Deutschland Platz gefunden haben. Sie sind zur Überzeugung gekommen, dass man diesen Dank am besten dadurch abstattet, dass man kräftig mitarbeitet. Der Aufschwung in Bayern ist ja nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, dass sehr viele Sudetendeutsche in dieses Gebiet kamen. Denn die deutschen Gebiete in Böhmen und Mähren war ja sehr stark industrialisiert gewesen. Das waren daher Leute mit großen handwerklichen Fähigkeiten. Sie kamen hier nach Bayern und haben viel von diesem Fachwissen mitgebracht: Sie haben das heutige Bayern mit aufgebaut. Diese ganze Vergangenheit - dieses gemeinsame Arbeiten und dieses gemeinsame Leiden – verbindet die Leute miteinander, und deswegen möchte man von Zeit zu Zeit auch Erinnerungen austauschen. Man will sagen können: "Wie war es früher, wie ist es heute?" Wir haben schon vieles geschafft: Vieles ist wirklich besser geworden. Aber es bleiben natürlich auch Reste einer gewissen Traurigkeit – vor allem dann, wenn man in die Ecke der Revanchisten gestellt wird. Dafür besteht nach meinem Dafürhalten aber kein Grund. Wenn man sich ansieht, wie sich Bayern entwickelt hat, wenn man sieht, wie viele tschechische Dissidenten nach Bayern gekommen sind, denn die meisten Tschechen, die vor dem kommunistischen Regime geflohen sind, kamen damals nach Bayern, haben sich in Bayern wohl gefühlt, neben den Sudetendeutschen gelebt und von ihnen auch sehr viel Unterstützung erfahren. Wenn man sich das alles also ansieht und dann immer noch von Revanchismus spricht, dann ist das doch etwas problematisch. Auf der anderen Seite sagen sich die

Sudetendeutschen natürlich mit Recht: "Warum sollen wir, die wir 1933 tschechische Staatsbürger waren und Hitler daher gar nicht wählen konnten" – wir haben Hitler nämlich nicht an die Macht gewählt –, "in besonders starkem Maße die Konsequenzen dessen tragen, was Hitler angerichtet hat?" Auch solche Fragen einen und verbinden diese Leute.

Bönte: Das Thema, das Motto des diesjährigen Sudetendeutschen Tages heißt ja "Vertreibung weltweit ächten!". Wer soll denn die Vertreibung weltweit ächten? Haben wir denn mittlerweile in der Welt überhaupt schon eine Institution, die die Vertreibung weltweit ächtet? Ich denke da z. B. an die Diskussionen, die im letzten Jahr geführt worden sind: Die ganze Welt schaute auf die Vertreibung im Kosovo. Diese Vertreibung wurde zwar verurteilt, aber die Vertreibungen, die Jahrzehnte vorher schon stattgefunden haben, wurden tunlichst verschwiegen – von einigen lobenswerten Ausnahmen abgesehen. Also: Wo ist die Instanz, die bewerten soll, ob eine Vertreibung geächtet werden soll oder nicht?

Böhm: Eigentlich ist jeder dazu aufgerufen, die Vertreibung zu ächten: jede Regierung, jede internationale Organisation. Die UNO zeigt sehr deutliche Ansätze, das zu tun. Es gibt Entschlüsse der Menschenrechtskommission, die die Vertreibungen, die vor bzw. um 1945 geschehen sind, ebenfalls ächten. Da gibt es also in der Tat erste Ansatzpunkte. Ich glaube auch, dass das dringend notwendig ist. In diesem Zusammenhang ist es auch sehr interessant, auf einen bestimmten Mann hinzuweisen, auf Dr. Hans Rothfels. Er musste im Dritten Reich selbst Deutschland verlassen. Als er wieder zurückgekommen war, hätte er eigentlich allen Grund gehabt, über Deutschland negativ zu sprechen. Er hat damals, im Jahr 1946, jedoch gesagt: "Diese Vertreibungen sind Unrecht, und man darf dieses System nicht legalisieren. Wenn man solche Vertreibungen legalisiert: Welche Gewähr haben wir dafür, dass sie sich nicht eines Tages vielleicht auf dem Balkan wiederholen?" Das hat er also bereits 1946 gesagt: Weil sich das auf dem Balkan z. B. wiederholen könnte, müsste man das seiner Meinung nach ächten. Die Leute haben damals dazu gesagt, dass das halt Stimmungsmache sei, die Rothfels da betreiben würde. Diese Menetekel ist dann in den neunziger Jahren jedoch sehr ernst geworden: Er hat eben Recht gehabt. Wenn Sudetendeutsche sagen, dass die Vertreibung Unrecht gewesen sei, dann geht es nicht darum, im eigenen Leid zu wühlen. Stattdessen wissen die Sudetendeutschen, dass sie exemplarisch auch für andere Gruppen stehen, die vertrieben werden können. Je deutlicher gesagt wird, dass Vertreibung kein Mittel der Politik ist, umso größer ist die Gewähr dafür, dass sie andernorts nicht erneut als Mittel der Politik verwandt wird. Die Serben haben ja in der Tat gesagt: "Die Tschechen haben doch auch vertrieben und die Polen ebenfalls. Denen ist nichts passiert, warum sollen wir also nicht auch vertreiben dürfen?" Sie haben sich dadurch wirklich gerechtfertigt gesehen.

Bönte: Warum ist es in unserer Gesellschaft so ein Tabuthema, über die Vertreibung von damals zu sprechen und den Vergleich zu ziehen zur Vertreibung im Kosovo? Denn wer diese Töne angestimmt hatte, ist im letzten Jahr dafür auch oft verurteilt worden von einer bestimmten Seite der Politik. Warum also ist das ein solches Tabuthema? Sie sagten es ja gerade selbst: Sie waren nicht dafür verantwortlich, dass Hitler an die Macht gekommen ist.

Böhm: Wir erleben in der Politik eine Diskussion, die sich meistens an den Tätern orientiert. Wir versuchen immer, irgendwelche Täter zu rechtfertigen. Ein Täter erscheint aber als solcher nicht, wenn keine Opfer da sind. Wo keine Leiche vorhanden ist, gibt es auch keinen Mörder. Deswegen versuchen wir eben, bestimmte Gruppen von Opfern nicht zu erwähnen, damit wir nicht über die dazugehörigen Taten sprechen müssen. Das ist etwas

Psychologisches. Kein Deutscher gibt gerne zu, was in deutschem Namen alles an Schrecklichem geschehen ist. So ist das natürlich auch bei anderen: Auch ein Russe gibt das nicht gerne zu. Russen reden z. B. auch nicht gerne über Tschetschenien. Das ist ein menschliches Problem. Ich weiß nicht mehr, wer das so schön formuliert hat, aber ich kenne diesen Satz noch genau: "Mein Gedächtnis sagt mir, das hast du getan. Mein Stolz hält dagegen, das kannst du nicht getan haben und bleibt unerbittlich, bis schließlich das Gedächtnis nachgibt." Das ist die Situation, in der wir stecken. Wir Deutsche standen von außen her so unter Druck, so unter Anklage, dass bei uns das Gedächtnis ganz einfach nicht nachgeben konnte: Bei anderen Völkern kann es leichter nachgeben. Deswegen ist auch immer wieder der Versuch vorhanden, die Täter zu rechtfertigen. Denn es heißt doch oft: "Wir haben dieses ja nur getan, weil ihr vorher jenes getan habt. Wir haben damit im Übrigen auch nicht angefangen, denn ihr habt damit angefangen." Das ist alles eine Diskussion aus der Täterkategorie. Ich bin der Auffassung, dass wir von den Opfern reden müssen, denn die Opfer sind die Leidtragenden gewesen: Wer von einem Nazi erschlagen worden ist, ist nicht unglücklich gestorben, und derjenige, der als Deutscher von einem Russen oder von sonst jemandem erschlagen worden ist, ist demgegenüber auch nicht glücklich gestorben. Beide sind Leidtragende, und um diese Opfer muss man sich kümmern. Ich darf dabei nicht differenzieren, sondern muss mich mit ihnen identifizieren. Denn wenn ich anfangs, bei den Opfern zu differenzieren, dann entschuldige ich auch gleichzeitig bestimmte Täter - und das wäre verhängnisvoll. Ich bin eben ein alter Sozialpolitiker, ich denke an die Menschen, ich denke insbesondere an die Opfer. Das steht für mich im Vordergrund. Deswegen sage ich: Wir müssen darüber debattieren, wie man in bestimmtem Maße den Verlust der Heimat und den Verlust des Eigentums rückgängig machen kann. Wenn darüber nur allein geredet wird, wird damit schon ein bestimmtes Gerechtigkeitsbedürfnis befriedigt. Aber da haben die Sudetendeutschen eben das Pech, dass sie als Gesprächspartner nicht anerkannt werden.

Bönte: Wie sehen Sie denn momentan die Beziehung zwischen den Sudetendeutschen und der neuen Bundesregierung? Hat dabei im Vergleich zur alten Bundesregierung die Unterstützung nicht nur finanziell nachgelassen?

Böhm: Die Unterstützung hat mit Sicherheit nachgelassen. Da muss man sich ja nur einmal die Äußerungen des Kanzlers anhören, wenn er sagt: "Mein Gott, was vorbei ist, ist vorbei." Er erklärt damit, dass an sich eigentlich alles vorbei sei. Ob der Bundeskanzler die Geschichte einigermaßen kennt, ob er weiß, was in den Jahren 1918 und 1919 in diesem böhmisch-mährischen Raum passiert ist, stelle ich nachdrücklich in Frage. Denn sonst könnte er sich nicht so äußern, wie er sich geäußert hat. Die Geschichte hat nämlich nicht erst 1938 angefangen. Ich kreide es Tschechen nicht an, wenn sie vielleicht manchmal sehr negativ über Sudetendeutsche sprechen: Gut, sie stecken eben noch zu sehr in der Auseinandersetzung, sie haben noch Probleme mit der Bewältigung ihrer eigenen Vergangenheit. Da sehe ich doch manches nach. Aber dass Deutsche, dass Regierungsstellen so wenig Sensibilität haben für Menschen, die wirklich hart gelitten haben, tut schon ein bisschen weh. Das ist nicht sonderlich schön. Wir stellten z. B. an den Zukunftsfond einen bestimmten Antrag. Nur weil wir sagen, dass man in diesem Zukunftsfond auch an die sudetendeutschen Opfer denken muss, sagt der Außenminister, dass das den deutschen Interessen massiv widerspräche. Wenn der Außenminister so etwas sagt, dann kann ich das nicht verstehen. Dieser Außenminister hat doch einen Eid geschworen: dass er sich für deutsche Interessen einsetzt, dass er sich um das Wohl des deutschen Volkes kümmert. Er müsste daher doch sagen: "Eigentlich ist das richtig, man sollte diesen Opfern helfen." Wenn er aber erklärt, dass das deutschen Interessen widerspräche, dann weiß ich nicht, ob so ein

deutscher Minister, der, wie gesagt, einen Eid geleistet hat, noch auf dem richtigen Dampfer ist. Diese schöne Zuständigkeitsverteilung, Hitler bzw. Deutschland hat den Krieg angefangen, und die Sudetendeutschen sollen ihn bezahlen, mag für denjenigen ganz plausibel sein, der persönlich am Tragen dieser Folgen nicht beteiligt war, aber objektiv gesehen ist das nicht der richtige Maßstab und die richtige Vorgehensweise.

Bönte: Sie haben gerade eben die Forderung der Sudetendeutschen angesprochen, Mittel aus dem Deutsch-tschechischen Zukunftsfond für 2000 Opfer tschechischer Gewalt zur Verfügung zu stellen. Das ist, wie Sie gerade schon sagten, abgelehnt worden. Haben Sie denn in dem Fall eigentlich auch juristische Möglichkeiten, gegen diese politische Entscheidung vorzugehen? Erwägen Sie also auch juristische Schritte in dem Sinn, dass eine solche Entschädigung doch noch erreicht werden kann? Denn bei dieser Ablehnung ist ja fast schon ein Aufschrei losgebrochen.

Böhm: Es wird wohl kaum rechtliche Mittel geben, dagegen vorgehen zu können. Ich saß ja selbst eine Zeit lang im Verwaltungsrat des Zukunftsfonds: Der Zukunftsfond hat einen bestimmten Zweck, gemäß dem diese Mittel verwendet werden sollen. Er heißt ja Zukunftsfond, weil er eigentlich in die Zukunft gerichtet sein sollte. Es sollen damit Projekte mit gemeinsamen deutsch-tschechischen Interesse gefördert werden. Später ist dann jedoch noch in die Satzung eingefügt worden, dass der überwiegende Teil der Mittel dazu dienen soll, humanitäre Hilfen für Verfolgte des NS-Regimes zu leisten. Das heißt, der überwiegende Teil der Mittel richtet sich in die Vergangenheit. Ich habe als Mitglied dieses Fonds sofort mitgemacht, als es darum ging, solche humanitären Hilfen zu leisten. Es gab dabei allerdings auch Probleme, die ebenfalls juristischer Art waren: Die tschechische Regierung hatte damals das gesamte sudetendeutsche Vermögen entschädigungslos enteignet. Dies wurde damit begründet, dass man sich dadurch schadlos halten will gegenüber Deutschland. Aber die Tschechische Republik hat dann den eigentlichen Opfern des NS-Regimes überhaupt nichts ausbezahlt. Sie hat dieses ganze Vermögen konfisziert und kassiert. Von den 165 Millionen Mark, die heute in diesem Fond enthalten sind, stammen 140 Millionen aus deutschen Mitteln: Das heißt, jetzt zahlt Deutschland praktisch die Entschädigung dieser Opfer. Da sagen natürlich die Sudetendeutschen: "Wir haben schon unser ganzes Vermögen verloren, damit die Opfer entschädigt werden sollen. Und jetzt beteiligen wir uns als Steuerzahler noch einmal an diesen Mitteln?" Diese Problematik war also durchaus vorhanden, aber ich habe damals schon die Auffassung vertreten, dass man an die Opfer denken muss. Wenn der tschechische Staat die eigenen Opfer ausgeschmiert hat, dann wollen wir das nicht unterstützen und stärken: Ich war und bin daher dafür, dass diese Opfer entschädigt werden. Aber da stellt sich eben die Frage, warum die Opfer nur auf der einen Seite entschädigt werden. Warum gilt das nicht auch für die Opfer auf der anderen Seite? Gibt es zwei Kategorien von Opfern? Diese zwei Seiten gibt es nur dann, wenn ich die eine Täterseite privilegiere und sage: "Es ist ja durchaus verständlich, dass ihr Deutsche schlecht behandelt habt." Das geht aber nicht. Wenn wir anfangen, Täter zu rechtfertigen, dann fangen wir an, die Vertretung des Rechts aufzugeben.

Bönte: Herr Böhm, im letzten Jahr und im Jahr davor kam auch von der sudetendeutschen Volksgruppe die Forderung auf, dass man bei den Verhandlungen um den EU-Beitritt der Tschechischen Republik auf die Abschaffung, die Revidierung der Benesch-Dekrete bestehen sollte. Meine Frage daher: Bestehen Sie nach wie vor auf dieser Forderung? Wie sehen Sie in dem Fall die Unterstützung der Bundesregierung?

Böhm: Über die Aufnahme der Tschechischen Republik in die EU entscheidet die EU, nicht die sudetendeutsche Volksgruppe. Das heißt also, die

Sudetendeutschen stehen nicht an, hier irgendein Junktim zu bilden. Aber die Sudetendeutschen weisen mit Recht darauf hin - das macht auch der Freistaat Bayern, und das machen eigentlich alle, die den Sinn der Europäischen Union erkannt haben –, dass die Europäische Union nicht nur eine Währungs- und Wirtschaftsunion ist, also ein Zweckbündnis zur Erfüllung bestimmter Dinge, sondern dass sie auch eine Wertegemeinschaft darstellt, dass sie eine europäische Tradition fortführt, dass sie an Menschenrechte glaubt usw. Wer in eine solche Wertegemeinschaft eintritt, muss natürlich dieser Hausordnung, die gesetzt worden ist, auch entsprechen. Da stellt sich dann eben die Frage: Kann ein Mieter in dieses Haus einziehen, der in seiner Familie Regelungen hat und aufrecht erhält, die dem Recht nicht entsprechen? Es ist international anerkannt, dass Vertreibung rechtswidrig ist und dass sie auch nicht verjährt. Es ist auch klar, dass man nicht ganze Menschengruppen einfach entschädigungslos enteignen kann, bloß weil sie einer bestimmten Nationalität angehören. Das Ganze ist auch äußerst problematisch, wenn ich an dieses eine Benesch-Dekret denke, das als Amnestiegesetz gilt. Dabei handelt es sich aber gar nicht um einen Fall von Amnestie, denn Amnestie erfolgt nur dann, wenn ein Täter aufgrund eines strafrechtlichen Verfahrens verurteilt worden ist und er dann seine Strafe nicht absitzen muss. Nein, in diesem Benesch-Dekret sind Taten von vornherein straflos gestellt worden. Wenn diese Dinge bleiben und wenn auch Vaclav Havel sagt, dass sie Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung sind und sie deswegen nicht aufgehoben werden können, dann sehe ich darin einen Widerspruch. Ich kann das nicht verstehen: Auf der einen Seite geben sie zu, dass das Unrecht war. Wie aber kann andererseits Unrecht Bestandteil einer Rechtsordnung sein? Ich bin der Auffassung, diese Dinge muss man beseitigen, und die EU wird darauf achten müssen, weil sie ja eine Wertegemeinschaft verteidigt. Ich denke also, auch die EU wird über diese Dinge nicht so ohne weiteres hinwegsehen werden: Sie kann das umso weniger, als sie ja jetzt gegenüber Österreich besonders strenge Maßstäbe angelegt hat. Sie kann ja nicht sagen: "Bei Österreich sind wir streng, im Fall der Tschechischen Republik sind wir aber nicht streng." Im Übrigen waren ja von den Benesch-Dekreten nicht nur Sudetendeutsche betroffen: Im gleichen Maße waren davon ja auch Ungarn betroffen. Auch die heutige Slowakische Republik ist als damaliger Teil der Tschechoslowakischen Republik in diesen Problemkreis mit involviert. Es werden also mehr Menschen als nur die Sudetendeutschen darüber reden müssen. Es geht darum, dass wir in dieser europäischen Wertegemeinschaft die Hausordnung anerkennen: Das muss jeder machen, und das ist eben die Frage, die geprüft werden muss.

Bönte: Welche Rolle spielt dabei der Freistaat Bayern? Haben Sie da einen Fürsprecher?

Böhm: Der Freistaat Bayern hat die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen übernommen: Er wusste schon warum, denn er hat ganz einfach die Aufbauleistung der Sudetendeutschen gesehen. Der Freistaat Bayern weiß, was er an seinen Sudetendeutschen hat. Aber die Sudetendeutschen wissen umgekehrt auch, was sie am Freistaat Bayern haben: Sie sind ihm zu Dank verpflichtet. Es war ja auch Ministerpräsident Stoiber, der beim letzten Besuch des tschechischen Staatspräsidenten, als ihm ansonsten alle zugejubelt haben, sehr deutlich darauf hingewiesen hat, dass es für die Tschechen sicherlich noch einige Hausaufgaben zu erledigen gilt. Wenn man mit einfachen Leuten in Tschechien spricht, dann ist die Erkenntnis, dass da etwas passieren muss, eigentlich viel weiter als etwa bei bestimmten Politikern. Politiker sind nämlich starr. "Mein Stolz hält dagegen und bleibt unerbittlich", wenn ich das Zitat von vorhin noch einmal aufnehmen darf: Das ist das Problem. Man müsste einfach einmal da durchdringen und vernünftig nachdenken ohne Prestigegedanken. Das ist

das Problem, das nach meinem Dafürhalten die tschechische Regierung hat: Sie denkt in Prestigekategorien. Sie sagt: "Mit einem Verein wie der sudetendeutschen Landsmannschaft spreche ich nicht." Als wäre das eine Frage des Prestiges. Die israelische Regierung spricht schon längst mit der PLO. Die PLO war eine Terrororganisation: Sie hat Lichtmasten in die Luft gesprengt und Leute erschossen. Kein Sudetendeutscher hat das jemals gemacht. Die englische Regierung spricht mit der IRA: Auch das ist eine Terrororganisation. Mit den Sudetendeutschen aber soll man nicht sprechen können? Da kommt man dann immer mit falschen Argumenten an: Es heißt, Staaten reden nur mit Staaten. Bonn spricht mit Prag und umgekehrt, aber nicht mit Privatleuten. Staaten reden selbstverständlich mit Staaten, wenn es um Dinge geht, für die der Staat zuständig ist. Nehmen wir an, man müsste Grenzregelungen treffen: Das können nur Staaten untereinander aushandeln, und deswegen sprechen da auch nur Staaten miteinander. Oder nehmen wir an, es ginge um Reparationszahlungen: Ein Staat zahlt dem anderen Staat öffentlich-rechtliche Reparationszahlungen. Da ist ganz sicherlich der Staat gefordert. Aber beim Heimatrecht und beim Eigentum geht es um Individualrechte, um Rechte, die einzelnen Personen zustehen. Mit diesen Rechtsinhabern muss daher gesprochen werden. Also müsste mit den Sudetendeutschen gesprochen werden. Wenn in Deutschland für Straßenbauten Anrainergrundstücke gebraucht werden und der betreffende Eigentümer sein Grundstück nicht hergeben will, dann muss er enteignet werden. In so einem Fall kann der Staat doch nicht sagen: "Ich rede nicht mit Bürgern!" Selbstverständlich müsste er in so einem Fall mit diesem Bürger sprechen. Im Zweifelsfall muss er auch einen Bescheid gegen ihn erlassen, weil es also auch dabei ums Eigentum geht. Man sollte also bitte davon wegkommen, mit solchen Scheinargumenten zu handeln. Man muss die Menschen sehen, wie sie sind: Man muss mit ihnen plaudern – das tut keinem weh. Es würde sich unendlich viel lösen, wenn diese Gespräche stattfinden würden.

Bönte: Besteht denn nicht das Problem der Sudetendeutschen darin, dass die Volksgruppen eigentlich kein wirkliches Recht haben, auf das sie sich berufen können? Denn das, was wir Völkerrecht nennen, ist ja im Grunde genommen ein Recht für Staaten und nicht für Völker.

Böhm: Damit treffen Sie natürlich auch ins Herz des Parlamentspräsidenten in mir, der bei Besuchen im Ausland immer darauf hinweist, dass die Kontakte zwischen den Staaten zwar von den Vertretungen der einzelnen Regierungen geknüpft werden, dass das also auf staatlicher Ebene durchgeführt wird, dass aber freundschaftliche Beziehungen eigentlich immer nur dann entstehen können, wenn sich auch die Völker selbst begegnen. Deswegen müssen ins Ausland auch Abgeordnete fahren: Denn sie sind die Vertreter des Volkes. Sie sagen mit Recht, dass das Völkerrecht ein Recht der Staaten und nicht der Völker ist. Die Völker müssen also erst noch stärker eingeführt werden. Der zweite wundere Punkt, den Sie angesprochen haben, lautete: Wie steht es denn mit den Sudetendeutschen als Volksgruppe? Sie haben als Volksgruppe eigentlich überhaupt keine eigenen Rechte. Die Volksgruppenrechte müssen erst noch entwickelt werden. Die Deutschen in Böhmen und Mähren haben so etwas bereits nach dem Ersten Weltkrieg gefordert, als Folge der Wilson-Erklärung, in der vom Selbstbestimmungsrecht der Völker gesprochen worden ist. Hier muss also schon noch eine ganze Menge geschehen, damit sich bestimmte Volksgruppen auch als solche entfalten und darstellen können. Ich bin froh, dass die bayerische Regierung dieses Problem auch schon längst erkannt hat. Das impliziert auch ganz praktische Notwendigkeiten. Denn dieses Europa ist ja nicht mit den Vereinigten Staaten von Amerika vergleichbar: Dort ist schließlich von New York bis San Francisco eine einheitliche Kultur entstanden, dort sind sehr viele Völkerschaften in dem Willen zusammengefließen, Amerikaner zu werden.

Im Gegensatz dazu leben in Europa in bestimmten Gebieten seit Jahrhunderten bestimmte Völkerschaften: Sie haben ihre eigene Kultur entwickelt, die sich nicht einebnen lässt. Wenn man das einebnen würde, würde man viel zu viel kaputt machen. Das ist der Grund, warum wir hier in Bayern vom "Europa der Regionen" sprechen. Wir wollen eine gewisse Eigenständigkeit haben: Die Leute wollen in überschaubaren Räumen leben und mitgestalten können. Je größer ein "Laden" ist, umso mehr fühlt sich der Einzelne zum Nichtstun verurteilt. Je kleiner und überschaubarer jedoch eine solche Einheit ist, umso mehr ist der Einzelne motiviert. Wenn der Deutsche sagen würde: "Das hat ja alles keinen Sinn, in Bonn bzw. in Berlin machen sie doch sowieso, was sie wollen!", dann würde er sich sicherlich zurückziehen. Aber wenn er sich sagen kann, dass viele Dinge in Bayern entschieden werden, dann kann er auch sagen: "Da sind wir nahe dran, da sind wir dabei, da denken wir mit, da engagieren wir uns!" Diese überschaubaren Einheiten sind also wichtig, weil erst sie Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Deswegen brauchen wir in internationaler Hinsicht auch das Volksgruppenrecht.

Bönte: Die Gegner der Vertriebenen sagen immer wieder: "Diese Problematik löst sich eh irgendwann, denn es wird irgendwann eine biologische Lösung geben, weil es irgendwann einmal keine Vertriebenen mehr geben wird." Wenn man sich hier auf dem Sudetendeutschen Tag umsieht, dann sieht man sehr viele junge Gesichter. Was fasziniert und interessiert auch junge Menschen an dieser Frage? Geht es da nur darum, die Erinnerung, die Tradition der Väter weiterzuführen?

Böhm: Nein, das ist mit Sicherheit nicht der bewusste Versuch, die Tradition der Väter fortzuführen. Ich glaube, die Väter und Mütter reden in dieser Hinsicht gar nicht auf ihre Kinder ein. Ich mache das zu Hause auch nicht: Meine Kinder können sich politisch so entscheiden, wie sie es für richtig halten. Aber sie interessieren sich nach einer gewissen Zeit automatisch für diese Dinge: Wo kommt denn der Vater eigentlich her? Wie hat sich das alles entwickelt? Das geschieht aber nicht nur auf deutscher Seite, das geschieht auch auf tschechischer Seite. Deswegen bin ich auch der Auffassung, dass die tschechische Regierung etwas mehr Bewegung zeigen müsste. Ich war sieben Jahre alt, als der Krieg zu Ende ging. Man kann mich persönlich daher mit Sicherheit nicht verantwortlich machen für das, was im Dritten Reich geschehen ist. Aber ich muss auch ganz offen sagen: Wenn wir als Deutsche nur durch die Welt ziehen und sagen würden, dass es uns fürchterlich Leid tut, was wir anderen angetan haben, wenn wir also nur sagen würden, dass wir gesündigt haben, und wenn wir nur zerknirscht einher gehen würden und dabei keine Versuche der Wiedergutmachung unternehmen würden, dann käme ich mir als Deutscher etwas schäbig vor. Wir erleben in letzter Zeit aber immer wieder Versuche, nur zu sagen: "Ach, das tut uns fürchterlich Leid, wir haben Unrecht getan", und damit alles passé sein zu lassen. Nein, es sind Opfer auf der Strecke geblieben – und damit bin ich bei meinem alten Thema angelangt. Man muss also etwas wieder gutmachen, etwas sühnen. Auf sudetendeutscher Seite wird die Erlebnisgeneration bald ausgestorben sein. Das heißt, es bleiben nur noch wenige Jahre Zeit, in denen man die Betroffenen erreichen kann: mit kleinen Wiedergutmachungen. Wenn man aber diese Chance versäumt hat, dann ist keine Wiedergutmachungstat mehr möglich. Es werden dann eben junge Tschechen ihre Väter und Mütter fragen, warum sie diese Zeit haben verstreichen lassen, warum sie nichts wieder gutgemacht haben. Das wird dann nämlich zu einer Hypothek für sie, und so werden sie sagen: "Warum müssen wir jetzt immer noch diese Hypothek mit uns herumtragen?" Das ist das Problem. Ich versetze mich dabei eben in die Lage von Tschechen, weil ich als Deutscher vergleichbare Erfahrungen gemacht habe. Aus diesem Grund sollte man also darüber nachdenken. Mein Gott, bestimmte Entschädigungsleistungen machen die

Sudetendeutschen nicht reicher und nicht ärmer. Die Sudetendeutschen sagen: "Seit 55 Jahren haben wir die Heimat verloren, seit 55 Jahren sind wir ohne unser Vermögen ausgekommen. Es wäre schön, wenn wir einen bestimmten Ersatz dafür bekämen, aber wenn wir ihn nicht bekommen, werden wir daran nicht zugrunde gehen." Es geht nämlich um viel mehr als um das Materielle. Das Problem liegt darin, dass man den Sudetendeutschen immer nur rein materielle Interessen unterstellt. Das ist schon auch so ein Stück Ungerechtigkeit. Diejenigen, die diese Ungerechtigkeit betreiben, sollten doch einmal ein wenig nachdenken: Sie sollten sich einmal in die Lage der Betroffenen versetzen. Wer beim "Brünner Todesmarsch" mit dabei war, hat ein ganz anderes Verständnis dafür, dass man sagt: "Ich will bestimmte humanitäre Hilfen." Wer das nicht erlebt hat und damals weit weg war, bitte, der mag das anders sehen. Aber ich denke halt an die Betroffenen.

Bönte: Es gibt ja auch immer wieder Versöhnungsaktivitäten der Sudetendeutschen in der Tschechischen Republik: Können Sie einmal ein Beispiel dafür nennen, was alles gemacht wird? Jugendliche fahren ja auch nach Tschechien, wie ich gehört habe. Und umgekehrt soll das auch der Fall sein.

Böhm: Da geschieht enorm viel. Ich selbst bin ja ein altes Mitglied der Ackermann-Gemeinde. Ich war in der Ackermann-Gemeinde eigentlich immer schon stärker engagiert als in der sudetendeutschen Landsmannschaft. Von der Ackermann-Gemeinde aus haben wir insbesondere in der Zeit, als der Kommunismus noch fest im Sattel saß, auf alle möglichen Weisen Hilfen hinüber geschafft: insbesondere für kirchliche Kreise. Die Mittel, die dabei aufgebracht worden sind, kamen zum großen Teil aus freiwilligen Beiträgen der Sudetendeutschen. Ein weiteres Beispiel sind die verschiedenen Euregiones und dabei die Zusammenarbeit der Regionen wie z. B. in Eger in der "Euregio Egrensis" oder in der "Euregio bayerischer wald/böhmerwald". Es waren fast überall die Sudetendeutschen, die das angestossen haben. Es waren Egerländer, die gesagt haben: "'Euregio Egrensis', das ist unser altes Egerland." Das historische Egerland war ja in der Tat ein grenzüberschreitendes Gebiet: Das Egerland hat früher zu Bayern gehört. Ich weiß, wie viele Gelder meinerwegen für den Wiederaufbau von Kirchen gesammelt werden. Meine Pfarrkirche Maria Kulm war ein berühmter Wallfahrtsort: Diese Kirche war völlig verfallen. Ich weiß also, wie viel geleistet und gesammelt worden ist. Ich gehöre auch zu denen, die dazu beitragen. Ich werde im August auch wieder einmal hinüber fahren. Da geschieht also viel, ohne dass groß darüber geredet wird. Ich stelle aber fest, dass demgegenüber in der Politik, in der veröffentlichten Meinung, Leute das Wort führen, die ich als "Mundwerker" abstempeln kann, weil sie lediglich darüber reden und diejenigen nicht viel beachten, die nicht viel reden, aber viel tun. Ich glaube, die Sudetendeutschen brauchen sich auf diesem Gebiet nichts vorwerfen zu lassen: Sie arbeiten an einer richtigen Versöhnung. Aber Versöhnung heißt nun einmal, dass man den anderen auch annimmt. Das ist das Problem bei der Deutsch-tschechischen Erklärung. Der frühere Berater von Ministerpräsident Klaus, Herr Dolezal, hat damals diese so genannte Versöhnungserklärung kommentiert mit dem Hinweis, dass in dieser Erklärung die Sudetendeutschen ex nunc für nicht existent erklärt worden sind. Versöhnen heißt aber, dass man den anderen annimmt. Man darf ihn daher nicht für nicht existent erklären. Das ist ein Punkt, über den also noch geredet werden müsste.

Bönte: Meine letzte Frage hätte eigentlich gelautet, ob es in 50 Jahren die sudetendeutsche Volksgruppe als Organisation noch geben wird. Nachdem was Sie jetzt gesagt haben, kann man diese Frage nur mit Ja beantworten. Herr Böhm, vielen herzlichen Dank, dass Sie bei uns waren. Verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer, das war Alpha-Forum. Zu Gast war heute

Johann Böhm, der Präsident des Bayerischen Landtags und Sprecher der
sudetendeutschen Volksgruppe.

© Bayerischer Rundfunk